GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Lust auf Komplexität. Gleichstellung, Antidiskriminierung und die Strategie des Queerversity

Engel, Antke

2013

https://doi.org/10.25595/660

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Engel, Antke: *Lust auf Komplexität. Gleichstellung, Antidiskriminierung und die Strategie des Queerversity*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 31 (2013) Nr: 1, 39-45. DOI: https://doi.org/10.25595/660.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-2013-0109

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Antke Engel

Lust auf Komplexität. Gleichstellung, Antidiskriminierung und die Strategie des Queerversity

Lust auf Komplexität möchte ich als eine queer-feministische Haltung schmackhaft machen, die sich nicht zuletzt im dreifachen Anliegen dieses Textes manifestiert: *Erstens* deutlich zu machen, dass die sich gegenseitig inspirierende Verknüpfung feministischer Theorie und Praxis weiterhin als unhintergehbare Kraft gesellschaftspolitischer Veränderung gelten kann. *Zweitens* zu argumentieren, dass Veränderungsperspektiven und -strategien, soll die Kritik an den Ausschlüssen und Hierarchisierungen innerhalb feministischer Bewegung ernst genommen werden, Geschlecht nicht isoliert fassen können, sondern die Komplexität mehrdimensionaler Herrschaftsverhältnisse zu ihrem Anliegen machen müssen. Und schließlich *drittens* plausibel zu machen, dass queer-feministische Ansätze genau dies leisten – zumindest dann, wenn Queer nicht auf Sexualpolitik verengt, sondern als Ansatz betrachtet wird, der an einer umfassenden Gerechtigkeitsperspektive orientiert ist, der nach dem Zusammenhang von Identitätskonstruktionen und der Ausbildung sozialer Hierarchien fragt und der für die soziale Anerkennung nicht-hierarchischer Verschiedenheit kämpft.

Relevanz und Zukunft feministischer Politik verdichtet sich für mich in diesen miteinander verschränkten Anliegen. Um ihnen gerecht zu werden, möchte ich zunächst verdeutlichen, was es heißt, feministische Geschlechterverständnisse queer-theoretisch zu überarbeiten, und dies mit der Frage verbinden, wie queere Kritik praktisch politische Wirksamkeit entfalten kann. Da Veränderungen mit gesellschaftspolitischer Reichweite nicht erreicht werden können, ohne sich mit den Vorgaben staatlicher Politik zu befassen, sollen im zweiten Schritt die Instrumente der Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik in den Blick genommen werden. Als innovative Verschiebung führe ich den Begriff *Queerversity* ein und präsentiere damit ein Konzept, das den Abbau von Hierarchien und strukturellen Ungleichheitsverhältnissen um das Anliegen erweitert, Differenzen anzuerkennen, welche sich der Kategorisierung entziehen. Anhand einer Auseinandersetzung mit Politikberatung als Vermittlungsinstanz zwischen Theoriebildung, Kritik, Aktivismus und Staat argumentiere ich, dass institutionalisierte Politik sich sehr wohl an Queerversity orientieren kann, dass jedoch eine Spannung zu queer-feministischer Theorie bestehen bleiben wird, die in der Politikberatung ausgetragen, aber nicht aufgelöst werden kann.

Queer-Theorie und / als intersektionale Praxis

Spätestens mit dem Aufkommen der Queer-Theorie stellt sich für den Feminismus die Herausforderung, ein Geschlechterverständnis zu entwickeln, das neben einer binär verfassten Hierarchie zwischen Männern und Frauen auch die normative Unterscheidung von und Zurichtung auf zwei und nur zwei Geschlechter zu problematisieren vermag. Als Referenz dient die These, dass auch das, was als biologisches Geschlecht (*sex*) gilt, immer schon sozio-historische, wissenschaftlich-medizinische und kulturelle Gendering-Prozesse durchlaufen hat, das heißt unter modernen, westlichen Verhältnissen einer Zwei-Geschlechter-Norm unterworfen worden ist. Die Infragestellung dieser Norm eröffnet nicht nur Raum für transgender und intersexuelle KörperSubjektivitäten, sondern impliziert, dass ein sich komfortabel in die Zweigeschlechtlichkeit Einfügen als Privileg oder Zwang, nicht aber als Naturgegebenheit zu verstehen ist. Der Verweis auf eine alle Menschen erfassende Heteronormativität geht deutlich weiter als die Aufteilung in Norm und zu schützende Abweichung, die augenblicklich staatlicherseits vertreten wird; doch immerhin finden sich auch offizielle Positionen, die mehr als zwei Geschlechter kennen. So heißt es in der Stellungnahme des *Deutschen Ethikrats* zu Intersexualität, dass es sich beim Geschlecht um eine komplexe Kennzeichnung bestehend aus unterschiedlichen Eigenschaften handele, die u. a. die Selbstwahrnehmung der Menschen umfasse, »die sich einem Geschlecht, beiden Geschlechtern oder keinem Geschlecht als zugehörig empfinden« (Deutscher Ethikrat 2012, 27). Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes schreibt auf ihrer Website zum Begriff Geschlecht des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), dass dieser sich auf »Frauen, Männer, transsexuelle und intersexuelle Personen« erstrecke,[1] und Kleine Anfragen führen den Begriff *transgender* in den Deutschen Bundestag ein.[2]

Im Folgenden möchte ich mich damit befassen, was es heißt, unter diesen Vorzeichen Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik zu betreiben.[3] Ist dies aus queer-feministischer Perspektive möglich? Und wenn ja, wie kann damit umgegangen werden, dass Gleichstellungsgesetze auf einer binären Unterscheidung von Frauen und Männern aufsitzen sowie Geschlecht als Diskriminierungsgrund privilegieren, was mit dem horizontalen Ansatz allgemeiner Gleichbehandlung nicht zu vereinbaren ist? Wie lassen sich machtanalytische und herrschaftskritische Perspektiven gegen ein Diversitätsverständnis in Anschlag bringen, das Differenz als kulturelles Kapital zu nutzen trachtet, ohne

1 http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/DasGesetz/Diskriminierungsmerkmale/geschlecht/geschlecht_node.html (zuletzt aufgerufen am 27.11.2012).

2 Vgl. z.B. Drucksache 17/8713, 21.02.2012, des Deutschen Bundestages, http://dipbt.bundestag.de/extrakt/bt/drs/WP17/377/37761.html (zuletzt aufgerufen am 27.11.2012).

3 Ich danke Petra Dimitrova, Rahel Gugel, Alexander Nöhring, Petra Rost und Arn Sauer für die konzeptionellen Diskussionen, die wir 2010 im GenderKompetenzZentrum Berlin miteinander geführt haben und die maßgeblich in den folgenden Teil dieses Textes eingeflossen sind.

die Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Normalisierungsdimensionen sozial konstruierter Differenz in Betracht zu ziehen? Lassen sich Spannungen und Widersprüche zwischen theoretisch-konzeptionellen und praktisch-politischen Herausforderungen bewältigen?

Keinesfalls kann es darum gehen, queer-feministische Praxis darauf zu beschränken, Politikberatung zu betreiben oder sich an Institutionen und hegemonialen Verhältnissen abzuarbeiten. Darüber hinaus ist es unbedingt notwendig, Formen sozialer, kultureller und politischer Partizipation für diejenigen zu entwickeln, die den Rastern offizieller Politik entgehen sowie visionäre Praxen an heterotopen Orten – zugleich *inside* wie *outside* bestehender Ordnungen – zum Beispiel in Form queerer kultureller Politiken zu entfalten. Wenn aber in diesem Sinne transformatorische Gestaltungsmacht beansprucht wird, stellen Gleichstellung, Schutz vor Diskriminierung und Anerkennung von individueller Differenz wichtige Voraussetzungen dar. Entsprechend stellen queer-feministische Ansätze die Veränderung der Geschlechterverhältnisse in einen breiteren gesellschaftlichen Kontext und entwickeln Perspektiven der Veränderung aus komplexen Macht- und Herrschaftsanalysen. Leitlinien für die Praxis zielen darauf ab, gleichzeitig a) eine Enthierarchisierung gesellschaftlicher Verhältnisse voranzutreiben, b) gegen soziale Ausschlüsse und gewaltvolle Normalisierungen vorzugehen und c) nicht-hierarchische Artikulationen von Differenz zu fördern.

Das heißt, Veränderungsprozesse im Kontext queer-feministischer Politik sind bewusst intersektional gefasst: Heteronormativitätskritische, anti-rassistische, postkoloniale, okzidentalismus- und antisemitismuskritische Perspektiven werden miteinander verbunden. Zugleich befördert queer-feministische Politik die Auseinandersetzung mit Bildung, Herkunft, Klasse, ökonomischer Situiertheit, Alter, körperlicher Befähigung, sexueller Orientierung, Hautfarbe, Religion. Gefragt wird: Wie genau begründen die genannten Kriterien soziale Identitätsbildung, Differenzierung und Hierarchisierung? Wie greifen sie ineinander und artikulieren sich gegenseitig? Die Komplexität mehrdimensionaler Ungleichheitsverhältnisse anzuerkennen, heißt, dass politische Strategien nicht vereinheitlicht oder generalisiert werden können. Nicht nur ist immer wieder zu entscheiden, was in einem konkreten Kontext wie ins Verhältnis zueinander gesetzt und temporär priorisiert werden soll. Vielmehr gilt es zudem, Räume für die Begründung und Verhandlung unterschiedlicher Ansätze zu eröffnen und innerhalb dieser die Umarbeitung von Machtbeziehungen zu befördern. Das aber heißt auch, dass die Konzepte der Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik selbst zur Verhandlung stehen und offen für Umarbeitungen sein müssen. Beispielhaft seien hier die Vorschläge des *GenderKompetenzZentrum* Berlin aus dem Jahre 2010 angeführt.

Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs- und Diversitätspolitik

Gleichstellungspolitik bezieht sich nicht allein auf die Gleichstellung der Geschlechter. Vielmehr gilt es *jegliche* Ungleichheitsverhältnisse abzubauen, was auch heißt, sich ihren widerstreitenden Dimensionen zu stellen. Entsprechend kann beispielsweise Politik gegen geschlechterhierarchische Verhältnisse nicht um den Preis einer Verschärfung rassistischer oder klassistischer Diskurse und Praxen betrieben werden. Zudem richten sich Gleichstellungsforderungen nicht allein gegen Hierarchiebildungen, sondern auch gegen verfestigte Konstruktionen sozialer Identität, die mit normativen Zurichtungen und Ausschlüssen einhergehen. Maßnahmen, die nicht auch transgender und intersexuelle Geschlechterpositionen anerkennen und die Dominanz normativer Heterosexualität anfechten, greifen zu kurz.

Antidiskriminierungspolitik lenkt die Aufmerksamkeit weniger auf die an einem Diskriminierungsgeschehen beteiligten Personen als auf Diskriminierungs*praxen*. Auf welchen Vorannahmen sitzen sie auf? Wie sind sie gesellschaftlich legitimiert? Welche Machtwirkungen entfalten sie, die gegebene Verhältnisse absichern? Der Blick auf Diskriminierungs*praxen* verhindert, dass Antidiskriminierungspolitiken zur Festschreibung so genannter Opfergruppen beitragen oder bestimmten Gruppen eine verstärkte Verletzbarkeit zuschreiben – was genau die Diskriminierungssituation verstärken würde, die kritisiert wird.

Diversitätspolitik zielt nicht darauf ab, gesellschaftlichen Raum für Vielfalt zu eröffnen – als wären Differenzen »einfach gegeben« und müssten nur in ihrer bunten Fülle wahrgenommen werden. Vielmehr geht es darum zu verstehen, wie Differenz sozio-kulturell hervorgebracht wird und wie die Darstellungsweisen von Differenz bestimmte »Realitäten« und Wertungen produzieren. In diesem Sinne fragt Diversitätspolitik nach den sozio-kulturellen Hintergründen von Differenzartikulationen, den darin wirksamen Machtdynamiken und danach, was zu Selbstrepräsentationen ermächtigt. Dies unterscheidet sie von Diversitätspolitiken, die *diversity* als Vielfalt übersetzen und dazu beitragen, dass systematische Ungleichheitsbeziehungen unbenannt bleiben, so dass der Umgang damit dem individuellen Handeln überantwortet wird. Dies unterwirft die Anerkennung sozialer Differenzen einer Markt- und Leistungslogik oder koppelt sie an (soziale, kulturelle oder ökonomische) Brauchbarkeit oder Nutzenerwägungen. Stattdessen gilt es Diversitätspolitiken zu entwickeln, die gezielt auf eine Enthierarchisierung von Verschiedenheit hinwirken.

Queerversity

Diesbezüglich möchte ich den Begriff *Queerversity* ins Spiel bringen, um gängige Verständnisse von *diversity* / Diversität herauszufordern und Strategien zu entwickeln, die sich ebenso gegen einen utilitaristischen Umgang mit sozialen Differenzen richten wie gegen die Verdinglichung von Differenz als verfestigte Identität oder als vermarktbare Ware. Statt auf definierte Identitäts- oder Differenzpositionen zurückzugreifen oder eine Logik von Norm und Abweichung zu bestätigen, versteht *Queerversity* Differenzen als dynamische Prozesse der Differenzierung oder als fortdauerndes Werden. *Queerversity* ist ein theoretisches Konzept und eine politische Strategie, die Raum für Vielfältigkeit, Ambiguität, und undefinierte Andersheit eröffnet, und erfordert dementsprechend neue Formen der Macht- und Herrschaftsanalyse, die Differenzierung nicht als Grenzziehung verstehen. Ziel von *Queerversity* ist es, *Vielfalt als konflikthafte Heterogenität* sowie *Vielheit im Sinne von Multiplizität* zu befördern. Letzteres bedeutet, dass sich innerhalb (anerkannter ebenso wie diffamierter) Formen von Identität und Differenz immer auch weitere Dimensionen von Andersheit entfalten. Auch wenn sich diese der Benennung entziehen oder der Regulierung widersetzen, verdienen sie wahrgenommen zu werden. Somit verengt *Queerversity* Diversitätspolitiken nicht auf den Umgang mit definierten Identitäts- und Differenzpositionen, sondern produziert Irritationen und Unterbrechungen gängiger Normalitätsvorstellungen. *Queerversity* ist das Einführen der Differenz des Differenten in die Diversität.

Queerversity ist vor dem Hintergrund von Queer-Theorie und -Politik entworfen, die den Zusammenhang zwischen Identitätskonstruktionen und der Herausbildung sozialer Hierarchien hervorheben. Kritik richtet sich darauf, dass identitäre Festlegung und die binäre Unterscheidung von Selbst und Anderem oder Norm und Abweichung hierarchisierte Differenzverständnisse produzieren, da Differenz nur als Abweichung von Normalität zu fassen ist. Bezüglich dieser Logik verweist der Begriff der Heteronormativität auf das Zusammenspiel zwischen den rigide unterschiedenen, jedoch komplementär verbundenen Geschlechtern und der Naturalisierung von Heterosexualität. Dadurch, dass normative Heterosexualität und Zwei-Geschlechter-Ordnung sich gegenseitig absichern, gelten transgender und intersexuelle Positionen als logische Unmöglichkeit oder Abweichungen der Natur, nicht aber als soziale Lebensweisen. Queer-feministische Politik setzt dort an, wo sich die naturalisierte Selbstverständlichkeit gegebener Verhältnisse unreflektiert zur Norm erhebt. Im Unterschied zu Emanzipations- und Identitätspolitiken, die den Fokus auf so genannte Minderheiten legen und Integration der bisher Ausgeschlossenen fordern, problematisiert Queer-Theorie die Prozesse, die Dominanz und Privilegien herstellen und absichern.

Queerversity als Herausforderung für die Politikberatung

Wenn queere Politik also auf Verschiebungen abzielt, die Partizipation nicht an vordefinierte Identitäten koppelt, wenn Queer als Störfaktor, als Moment der Irritation und Unterbrechung hegemonialer Machtverhältnisse und Normalitätsregime aufgestellt ist, was bedeutet dies für Interventionen ins offizielle Politikfeld und für die Politikberatung? Ich denke, dass sich zwischen staatlicher Politik, Politikberatung und queeren politischen Strategien ein nicht aufzulösendes Spannungsfeld ausbildet: Politikberatung orientiert sich an politischen Anforderungen, die auf Operationalisierbarkeit und Institutionalisierung aus sind. Sie ist mit Übersetzungsprozessen befasst, die wissenschaftliche, kulturelle, aktivistische, lobbyistische Ansätze aufgreifen, um sie in Diskurse münden zu lassen, die staatlicher Politik ermöglichen, hegemoniale Kämpfe durch Entscheidungen, z. B. in Form von Gesetzen, stillzustellen. Das Spannungsfeld zwischen Politikberatung und Queer beruht also auf einem gegensätzlichen Verhältnis zur offiziellen Politik, das sich vereinfacht auf die Formel bringen lässt: Queer unterläuft Hegemoniebildungsprozesse, während Politikberatung sie forciert.

Diese Gegensätzlichkeit bedeutet jedoch nicht, dass Politikberatung, Queer-Politik und staatliche Politik einander als klar umrissene Einheiten gegenüberstehen. Schließlich beansprucht queer-feministische Politik, Verschiebungen und Artikulationen *im hegemonialen Feld* zu produzieren – oder, anders gesagt, sich in die Übersetzungsprozesse der Politikberatung einzumischen – und sei es in subversiver Weise. Umgekehrt zielt Politikberatung, zumindest dann, wenn sie transformatorische Ansprüche hegt, auch darauf ab, Prozesse der Kritik, Selbstkritik und Reflexion des Systems zu initiieren, die nicht ohne Störung, Irritation, Unterbrechung einhergehen. Interessant wird es also dort, wo sich offizielle staatliche Politik und Queer begegnen. Dort stellt sich die paradoxe Anforderung, Artikulationen queerer Politik zu erfinden, die ins Feld politischer Operationalisierbarkeit und in hegemoniale Diskurse integrierbar sind. »Intimitäten« zwischen Queer- und Diversitätspolitiken, Menschenrechtspolitiken oder neoliberalen Politiken ließen sich – auf je unterschiedliche Weise – hier ansiedeln. Konkret zeigt sich dies beispielsweise in der Broschüre *Diversity-Prozesse in und durch Verwaltungen anstoßen* der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2012), die sich auf Queer-Theorie beruft, mit dem Unterstrich arbeitet und sich bemüht, die Spannungen und Konkurrenzen, die aus *zielgruppenübergreifenden* Maßnahmen und der Aufmerksamkeit für Mehrfachdiskriminierungen entstehen, konzeptionell einzuholen, aber nicht umhin kann, Zielgruppen und Merkmale zu definieren. Dennoch erscheint es mir produktiv, queer-feministisch genau aus dieser unauflöslichen Spannung heraus zu arbeiten, also Paradoxien nicht aufzulösen sondern zu nutzen, um Auseinandersetzungen zu initiieren – und deren Unabschließbarkeit als charakteristisches Moment von Politik zu unterstreichen (vgl. Engel 2013).

Dennoch ist damit umzugehen, dass Queer angeeignet und funktionalisiert werden kann, denn Irritation, Krise und Bruch sind immer auch Momente der Modernisierung des herrschenden Systems. Gerade unter neoliberalen Verhältnissen, die dadurch gekennzeichnet sind, dass Differenzen als kulturelles Kapital verstanden und die Einzelnen durch ihre Freiheitspraxen den sozio-ökonomischen Anforderungen eingepasst werden, erscheint Queer allzu leicht als Chiffre des Subjekts spätmoderner Verhältnisse. Dieses prekäre Subjekt gewinnt Freiheit, indem es sich der permanenten, flexiblen Anpassung unter immer neu konfigurierte Zwänge mehr oder weniger lustvoll hingibt. In diesem Sinne muss es macht- und herrschaftskritisch darum gehen, hegemoniale Flexibilisierungen und Stabilisierungen in ihrer paradoxen Gleichzeitigkeit in den Blick zu nehmen. Weiterhin oder erneut stellt sich aus queer-feministischer Perspektive die Frage, wie sich gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse umgestalten lassen und wie sich diesbezüglich Handlungsmacht und Ressourcen verteilen, welche Allianzen und welche Formen geteilter sozialer Praxis möglich sind und gesucht werden. Queere Identitätskritik fungiert als Moment eines potentiellen, aber immer verschobenen Geschehens, das in notwendiger Spannung zu den Entscheidungshilfen der Politikberatung und den Entscheidungsfreuden der Politik steht. Inwiefern eröffnen sich dadurch Felder der Partizipation, in denen auch Artikulationen öffentlich werden, gehört und aufgegriffen werden, die aus Sicht herrschender Normalitätsvorstellungen als unverständlich gelten? Unter welchen Umständen kann und soll das Unverständliche politische Wirksamkeit entfalten?

Literatur

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2012): Diversity-Prozesse in und durch Verwaltungenanstoßen.http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SiteGlobals/Forms/Publikationen Suche/Publikationen_Formular.html (27.11.2012).

Deutscher Ethikrat (Hrsg.) (2012): Dokumentation Intersexualität im Diskurs. Berlin. http://www.ethikrat.org/intersexualitaet (27.11.2012).

Engel, Antke (2013): Trans_Androgynie. Paradoxien queerer Existenzweisen. In: Grisard, Dominique / Jäger, Ulle / König, Tomke (Hrsg.): Verschieden Sein. Nachdenken über Geschlecht und Differenz. Sulzbach / Taunus, 69–80.